

Familie und Wahl

5. Juni 2009
P9423/21668 Gü/Mü

Max-Beer-Str. 2/4
10119 Berlin
Telefon: (0 30) 6 28 82-0

Vorbemerkung

Im Auftrag der Zeitschrift Eltern hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH, Berlin und Dortmund, eine repräsentative Befragung unter Eltern zum Thema „Familie und Wahl“ durchgeführt.

Im Rahmen der Untersuchung wurden insgesamt 1.000 Mütter und Väter von minderjährigen Kindern in der Bundesrepublik Deutschland befragt.

Die Erhebung wurde vom 18. bis 28. Mai 2009 mit Hilfe computergestützter Telefoninterviews durchgeführt. Die Untersuchungsbefunde werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

1. Betreuungsangebote für Kinder

Die Mehrheit (72 %) der befragten Eltern gibt an, bisher so gut wie nichts von der so genannten „Betreuungsoffensive“ des Bundesfamilienministeriums gemerkt zu haben.

26 Prozent haben davon schon viel oder etwas gemerkt. Etwas häufiger als der Durchschnitt äußern dies die Mütter sowie die Befragten, die drei oder mehr Kinder unter 18 Jahren haben.

▪ „Betreuungsoffensive“

	Von der „Betreuungsoffensive“ des Familienministeriums haben gemerkt		
	viel %	etwas %	so gut wie nichts *) %
insgesamt	6	20	72
Ost	4	17	77
West	6	20	71
Väter	4	15	79
Mütter	7	24	66
Erwerbstätige	6	17	75
Hauptschule	6	16	76
mittlerer Abschluss	6	19	72
Abitur, Studium	6	22	70
Kinder unter 18 Jahren:			
- 1	5	17	74
- 2	6	20	71
- 3 oder mehr	7	26	66
Alter der Kinder:			
- bis 2 Jahre	4	18	74
- 3 bis 5 Jahre	7	19	72
- 6 bis 10 Jahre	8	23	67
- 11 bis 14 Jahre	5	21	73
- 15 bis 17 Jahre	5	18	73

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

39 Prozent halten das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen in Deutschland für generell unzureichend. 32 Prozent meinen, es sei nur für bestimmte Altersgruppen zu gering. 25 Prozent finden, dass das Betreuungsangebot für Kinder aller Altersgruppen ausreichend ist.

Die Einschätzung der Versorgung mit Betreuungsplätzen unterscheidet sich deutlich zwischen den Eltern in den alten und neuen Bundesländern: Während 44 Prozent der ostdeutschen Mütter und Väter das Angebot für generell ausreichend halten, meinen dies nur 21 Prozent der Befragten in Westdeutschland.

▪ **Einschätzung des Angebots an Betreuungsplätzen**

	Das Angebot an Betreuungsplätzen schätzen ein als		
	generell zu gering	für bestimmte Altersgruppen zu gering	für alle Altersgruppen ausreichend *)
	%	%	%
insgesamt	39	32	25
Ost	30	23	44
West	41	33	21
Erwerbstätige	40	31	25
Hauptschule	41	23	29
mittlerer Abschluss	37	32	26
Abitur, Studium	41	33	24
Kinder unter 18 Jahren:			
- 1	39	32	23
- 2	40	29	28
- 3 oder mehr	34	39	24
Alter der Kinder:			
- bis 2 Jahre	39	37	22
- 3 bis 5 Jahre	41	30	28
- 6 bis 10 Jahre	35	31	31
- 11 bis 14 Jahre	38	33	25
- 15 bis 17 Jahre	40	30	21

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

62 Prozent der Eltern, die die Versorgungssituation in bestimmten Altersgruppen für nicht ausreichend halten, meinen es gebe zu wenig Betreuungsplätze für Kinder bis 2 Jahre. 20 Prozent sehen einen Mangel an Plätzen für Vorschulkinder, 25 Prozent für Schulkinder bis 10 Jahre und 22 Prozent für Schulkinder bis 14 Jahre. 12 Prozent meinen, dass es zu wenig Betreuungsplätze für Kinder ab 15 Jahren gibt.

▪ Fehlende Betreuungsplätze *)

	Es gibt zu wenig Betreuungsplätze für				
	Kinder bis 2 Jahre	Vorschul- kinder ab 3 Jahre	kleine Schul- kinder bis 10 Jahre	Schul- kinder bis 14 Jahre	ältere **) Kinder
	%	%	%	%	%
insgesamt	62	20	25	22	12
Ost	69	16	11	24	17
West	61	21	27	21	11
Alter der Kinder:					
- bis 2 Jahre	78	13	22	12	4
- 3 bis 5 Jahre	72	26	28	15	3
- 6 bis 10 Jahre	59	26	31	16	9
- 11 bis 14 Jahre	50	17	17	35	21
- 15 bis 17 Jahre	47	19	21	32	21

*) Basis: Befragte, die meinen, das Angebot sei für bestimmte Altersgruppen zu gering

**) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

36 Prozent der Befragten geben an, dass sie unbedingt eine außerhäusliche Kinderbetreuung brauchen. Überdurchschnittlich häufig gilt dies für die Eltern in Ostdeutschland sowie die Mütter und Väter, deren Kinder 10 Jahre oder jünger sind. 21 Prozent fänden es schön, wenn sie eine außerhäusliche Kinderbetreuung hätten.

42 Prozent könnten, ihrer eigenen Einschätzung zufolge, völlig auf eine außerhäusliche Kinderbetreuung verzichten. Vergleichsweise häufig äußern dies die formal niedriger Gebildeten, die Befragten mit nur einem minderjährigen Kind sowie vor allem die Eltern älterer Kinder.

▪ **Persönlicher Bedarf an außerhäuslicher Kinderbetreuung**

	Es brauchen selbst eine außerhäusliche Kinderbetreuung		
	unbedingt	wäre schön	könnte darauf *) völlig verzichten
	%	%	%
insgesamt	36	21	42
Ost	55	13	31
West	32	23	44
Erwerbstätige	38	19	42
Hauptschule	24	19	57
mittlerer Abschluss	33	22	45
Abitur, Studium	44	20	35
Befragte ohne Partner	36	26	38
Kinder unter 18 Jahren:			
- 1	32	19	49
- 2	41	21	38
- 3 oder mehr	41	29	29
Alter der Kinder:			
- bis 2 Jahre	50	27	23
- 3 bis 5 Jahre	60	21	18
- 6 bis 10 Jahre	49	22	28
- 11 bis 14 Jahre	22	22	55
- 15 bis 17 Jahre	11	16	73

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

48 Prozent haben einen Betreuungsplatz für ihr Kind bzw. eines ihrer Kinder. In Ostdeutschland liegt dieser Anteil bei 66 Prozent, in den alten Bundesländern bei 45 Prozent.

▪ **Betreuungsplatz**

	Es haben einen Betreuungsplatz für ihr Kind bzw. eines ihrer Kinder	
	ja %	nein *) %
insgesamt	48	52
Ost	66	34
West	45	55
Erwerbstätige	49	51
Hauptschule	42	58
mittlerer Abschluss	48	52
Abitur, Studium	51	49
Befragte ohne Partner	45	55
Kinder unter 18 Jahren:		
- 1	40	60
- 2	56	44
- 3 oder mehr	57	43

56 Prozent der Eltern, die einen Betreuungsplatz für eines ihrer Kinder haben, sind mit der Betreuung voll und ganz zufrieden. 33 Prozent sind damit überwiegend zufrieden.

9 Prozent – tendenziell eher die Eltern älterer Kinder – sind mit der Betreuung weniger oder gar nicht zufrieden.

▪ Zufriedenheit mit der Betreuung *)

	Es sind mit der Betreuung zufrieden			
	voll und ganz %	überwiegend %	eher weniger %	gar nicht **) %
insgesamt	56	33	8	1
Ost	64	32	4	0
West	54	33	9	2
Alter der Kinder:				
- bis 2 Jahre	64	27	3	1
- 3 bis 5 Jahre	57	32	9	1
- 6 bis 10 Jahre	54	36	9	1
- 11 bis 14 Jahre	49	37	11	3
- 15 bis 17 Jahre	54	34	12	0

*) Basis: Befragte, die einen Betreuungsplatz haben

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Der von den Unzufriedenen am häufigsten genannte Kritikpunkt ist, dass die Kinder nicht genug gefördert werden (67 %). Mehr als die Hälfte der Befragten, die mit der Kinderbetreuung weniger oder gar nicht zufrieden sind, bemängeln die Größe der Gruppen (57 %) und Öffnungszeiten, die nicht an die Bedürfnisse der Eltern angepasst sind (51 %).

Moniert wird von einigen außerdem, dass das Betreuungsangebot zu teuer ist (38 %) und von den Eltern zu viel Eigeninitiative gefordert wird, die für Berufstätige nur schwer zu leisten ist (30 %).

▪ Gründe für die Unzufriedenheit *)

	Es sind mit der Betreuung nicht voll **) zufrieden, weil
	%
- die Kinder nicht genug gefördert werden	67
- die Gruppen zu groß sind	57
- die Öffnungszeiten nicht so sind, wie sie unseren Bedürfnissen entsprechen würden	51
- das Betreuungsangebot zu teuer ist	38
- von den Eltern zu viel Eigeninitiative gefordert wird, die für Berufstätige nur schwer zu leisten ist	30

*) Basis: Befragte, die mit dem Betreuungsangebot weniger oder gar nicht zufrieden sind

**) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

2. Meinungen zur Bildungs- und Familienpolitik

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, in wieweit sie verschiedenen Aussagen zum Thema Bildungspolitik zustimmen oder nicht. Fast ausnahmslos teilen die Eltern die Auffassung, dass es dringend erforderlich ist, das Bildungssystem in allen Bundesländern zu vereinheitlichen (91 %). Eine klare Mehrheit ist außerdem der Meinung, dass das deutsche Bildungssystem grundsätzlich zu veraltet ist (68 %) und die Trennung der Kinder in verschiedene Schulformen zu früh erfolgt (64 %). Gut die Hälfte ist der Ansicht, dass bei der Bildung immer noch viel zu viel auf die Eltern abgewälzt wird und mehr Ganztagschulen dringend notwendig wären (57 %). Genauso viele teilen die Auffassung, dass die Kinder vorschulisch zu wenig gefördert werden (57 %). Ebenfalls mehr als die Hälfte gibt an, dass sie ihre Kinder aus dem öffentlichen Schulsystem herausnehmen und auf eine Privatschule schicken würden, wenn sie es sich leisten könnten (54 %).

Trotz der hohen Zustimmung zu den o.g. eher systemkritischen Meinungen, stimmen immerhin 51 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass sie bei ihren Kindern keine schlechten Erfahrungen mit dem Bildungssystem gemacht haben.

▪ Meinungen zur Bildungspolitik I

Es stimmen den folgenden Aussagen voll und ganz bzw. überwiegend zu

	Das Bildungssystem in Deutschland ist von Bundesland zu Bundesland viel zu unterschiedlich. Es wäre dringend erforderlich, das Bildungssystem in allen Bundesländern zu vereinheitlichen	Das deutsche Bildungssystem ist grundsätzlich zu veraltet	Die Trennung der Kinder in verschiedene Schulformen erfolgt zu früh	Bei der Bildung wird noch immer viel zu viel auf die Eltern abgewälzt, dringend notwendig wären mehr Ganztags-schulen
	%	%	%	%
insgesamt	91	68	64	57
Ost	92	64	63	57
West	90	69	64	57
Erwerbstätige	90	69	64	57
Hauptschule	91	68	54	58
mittlerer Abschluss	92	68	65	58
Abitur, Studium	89	66	66	56
Kinder unter 18 Jahren:				
- 1	91	71	62	58
- 2	91	65	64	58
- 3 oder mehr	87	64	70	50
Alter der Kinder:				
- bis 2 Jahre	89	62	59	55
- 3 bis 5 Jahre	90	59	59	52
- 6 bis 10 Jahre	90	67	67	56
- 11 bis 14 Jahre	91	70	67	59
- 15 bis 17 Jahre	93	74	68	60

▪ Meinungen zur Bildungspolitik II

Es stimmen den folgenden Aussagen voll und ganz bzw. überwiegend zu

	Wenn ich es mir leisten könnte, würde ich mein Kind aus dem öffentlichen Schulsystem herausnehmen und es auf eine Privatschule schicken	Unsere Kinder werden vor-schulisch zu wenig gefördert	Wir persönlich haben bei unseren Kindern keine schlechten Erfahrungen mit dem Bildungssystem gemacht
	%	%	%
insgesamt	54	57	51
Ost	56	54	58
West	53	58	50
Erwerbstätige	53	57	54
Hauptschule	60	64	45
mittlerer Abschluss	53	56	52
Abitur, Studium	51	56	53
Kinder unter 18 Jahren:			
- 1	52	60	49
- 2	53	55	52
- 3 oder mehr	60	53	55
Alter der Kinder:			
- bis 2 Jahre	56	53	42
- 3 bis 5 Jahre	54	50	55
- 6 bis 10 Jahre	52	56	57
- 11 bis 14 Jahre	54	57	49
- 15 bis 17 Jahre	58	62	48

Insgesamt eher kritisch zeigen sich die Befragten auch, wenn es um die staatliche Familienförderung geht. 81 Prozent sind der Meinung, dass es so viele unterschiedliche Fördertöpfe gibt, dass keiner mehr durchblickt und viele Eltern das Gefühl haben, bei ihnen komme nichts an. 74 Prozent halten die Familienförderung für eine Augenwischerei, weil die Familien das Geld erhielten, das der Staat ihnen vorher über Steuern und Abgaben weggenommen hat. 66 Prozent teilen die Auffassung, der Staat sollte statt direkter Zahlungen an die einzelnen Familien das Geld besser in Bildung und Betreuung investieren. 49 Prozent – vor allem die formal niedriger Gebildeten sowie die Beziehler niedrigerer Einkommen – finden, von der staatlichen Familienförderung würden vor allem die Reichen profitieren, während Ärmere eher benachteiligt würden.

Lediglich 22 Prozent stimmen der Aussage zu, dass der Staat die Fördermittel für die Familien alles in allem richtig und gerecht verteilt. Eine solch positive Sicht der staatlichen Familienförderung findet sich am ehesten unter den formal höher Gebildeten sowie den Beziehern höherer Einkommen.

▪ Meinungen zur staatlichen Familienförderung I

Es stimmen den folgenden Aussagen voll und ganz bzw. überwiegend zu

	Es gibt so viele unterschiedliche Fördertöpfe, dass keiner durchblickt und viele Eltern das Gefühl haben, bei ihnen kommt nichts an	Eigentlich ist die Familienförderung eine Augenwischerei: Die Familien erhalten das Geld, das der Staat ihnen vorher über Abgaben und Steuern weggenommen hat	Der Staat setzt die falschen Schwerpunkte: Statt direkter Zahlungen an die einzelnen Familien sollte das Geld besser in Bildung und Betreuung investiert werden
	%	%	%
insgesamt	81	74	66
Ost	85	74	75
West	80	74	64
Erwerbstätige	80	73	67
Hauptschule	86	80	70
mittlerer Abschluss	85	81	66
Abitur, Studium	74	66	65
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.000	68	78	56
- € 1.000 bis € 2.000	84	78	69
- € 2.000 bis € 3.000	88	82	66
- € 3.000 oder mehr	76	68	68
Kinder unter 18 Jahren:			
- 1	80	75	70
- 2	82	71	63
- 3 oder mehr	81	80	58
Alter der Kinder:			
- bis 2 Jahre	81	63	68
- 3 bis 5 Jahre	84	70	60
- 6 bis 10 Jahre	80	76	65
- 11 bis 14 Jahre	80	79	65
- 15 bis 17 Jahre	82	83	65

▪ Meinungen zur staatlichen Familienförderung II

Es stimmen den folgenden Aussagen voll und ganz
bzw. überwiegend zu

	Von der staatlichen Familien- förderung profitieren vor allem die Reichen, während die Ärmeren eher benach- teiligt werden	Der Staat verteilt die Fördermittel für die Familien alles in allem richtig und gerecht
	‰	‰
insgesamt	49	22
Ost	49	19
West	49	23
Erwerbstätige	44	24
Hauptschule	67	14
mittlerer Abschluss	58	18
Abitur, Studium	35	29
Haushaltsnettoeinkommen:		
- unter € 1.000	73	12
- € 1.000 bis € 2.000	66	17
- € 2.000 bis € 3.000	51	18
- € 3.000 oder mehr	37	31
Kinder unter 18 Jahren:		
- 1	50	22
- 2	50	26
- 3 oder mehr	45	11
Alter der Kinder:		
- bis 2 Jahre	49	20
- 3 bis 5 Jahre	50	21
- 6 bis 10 Jahre	50	23
- 11 bis 14 Jahre	45	22
- 15 bis 17 Jahre	52	20

Die Eltern wurden um ihre Einschätzung gebeten, welche Maßnahmen am besten geeignet sind, um den Familien finanziell zu helfen. 35 Prozent – vergleichsweise häufig die Anhänger der Linkspartei – halten eine Grundsicherung für jedes Kind zwischen 300 und 400 Euro für die am besten geeignete Möglichkeit.

Eine kostenlose Betreuung der Kinder im Kindergarten stufen 34 Prozent – vor allem die Ostdeutschen, die formal höher Gebildeten sowie die Eltern kleiner Kinder – als besonders geeignet ein.

Mehr Kindergeld erscheint 31 Prozent am wirkungsvollsten. Jeweils 25 Prozent sehen in einer vollständigen Absetzbarkeit der Kosten für die Kinderbetreuung, Schule oder Haushaltshilfe bei der Steuer bzw. höheren steuerlichen Freibeträgen für jedes Kind die beste Möglichkeit, Familien finanziell zu helfen. Letzteres stufen vor allem die Anhänger der Union als wirkungsvolle Möglichkeit ein. Ein Steuersystem, bei dem die Zahl der Kinder mehr berücksichtigt wird als bisher stufen 18 Prozent, eine Erhöhung bzw. Verlängerung des Elterngeldes nach der Geburt 16 Prozent als am besten geeignet ein.

Insgesamt variiert die Einschätzung der Effektivität der genannten Möglichkeiten durch die Befragten insbesondere in Abhängigkeit davon, wie alt die eigenen Kinder sind und man selbst noch von diesen Möglichkeiten profitieren würde sowie in Abhängigkeit von der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens.

▪ **Einschätzung der Wirksamkeit verschiedener Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung von Familien I**

Am meisten würde helfen

	eine Grund- sicherung für jedes Kind zwischen 300 und 400 Euro %	eine kostenlose Betreuung der Kinder im Kindergarten %	mehr Kinder- geld %	eine vollständige Absetz- *) barkeit der Kosten für die Kinderbetreuung, Schule oder Haushaltshilfe bei der Steuer %
insgesamt	35	34	31	25
Ost	39	46	31	24
West	34	31	31	26
Hauptschule	36	24	31	22
mittlerer Abschluss	37	32	39	25
Abitur, Studium	32	39	22	26
Haushaltsnettoeinkommen:				
- unter € 1.000	33	26	51	11
- € 1.000 bis € 2.000	44	36	34	21
- € 2.000 bis € 3.000	38	31	34	23
- € 3.000 oder mehr	27	37	24	30
Befragte ohne Partner	46	26	35	17
Alter der Kinder:				
- bis 2 Jahre	28	43	27	22
- 3 bis 5 Jahre	30	47	27	23
- 6 bis 10 Jahre	34	34	34	27
- 11 bis 14 Jahre	38	25	33	30
- 15 bis 17 Jahre	41	24	29	21
Anhänger der CDU/CSU	31	31	30	26
SPD	39	39	30	23
FDP	27	40	31	29
Grünen	37	29	24	20
Linke	48	25	30	18

*) Prozentsumme größer 100, da bis zu zwei Nennungen möglich

▪ **Einschätzung der Wirksamkeit verschiedener Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung von Familien II**

Am meisten würde helfen

	höhere steuerliche Freibeträge für jedes Kind	ein Steuersystem, bei dem die Zahl der Kinder mehr berücksichtigt wird als bisher	eine Erhöhung bzw. *) Verlängerung des Elterngeldes nach der Geburt
	%	%	%
insgesamt	25	18	16
Ost	19	8	19
West	26	19	16
Hauptschule	22	12	23
mittlerer Abschluss	20	14	17
Abitur, Studium	30	22	13
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.000	12	7	33
- € 1.000 bis € 2.000	14	12	19
- € 2.000 bis € 3.000	22	18	20
- € 3.000 oder mehr	31	21	12
Befragte ohne Partner	15	18	19
Alter der Kinder:			
- bis 2 Jahre	20	13	34
- 3 bis 5 Jahre	20	19	20
- 6 bis 10 Jahre	22	20	15
- 11 bis 14 Jahre	28	21	9
- 15 bis 17 Jahre	29	24	8
Anhänger der CDU/CSU	33	16	15
SPD	17	22	18
FDP	28	20	9
Grünen	26	29	10
Linke	22	17	14

*) Prozentsumme größer 100, da bis zu zwei Nennungen möglich

3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

19 Prozent der Befragten – die Mütter etwas häufiger als die Väter – geben an, dass sie mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf große Probleme haben. Vergleichsweise häufig trifft dies auf die Bezieher niedrigerer Einkommen zu sowie auf Elternteile, die nicht mit einem Partner zusammenleben.

36 Prozent der befragten Mütter und Väter meinen, sie hätten einige Probleme mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. 44 Prozent haben so gut wie keine Probleme damit. Letzteres gilt vor allem für die Eltern, deren Kinder bereits 15 Jahre oder älter sind.

▪ **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

	Es haben mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf		
	große Probleme	einige Probleme	so gut wie keine Probleme
	*) %	%)	%)
insgesamt	19	36	44
Ost	20	40	39
West	19	35	45
Väter	15	36	49
Mütter	23	36	40
Erwerbstätige	15	39	46
Hauptschule	24	31	44
mittlerer Abschluss	21	33	46
Abitur, Studium	17	40	43
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.000	47	14	39
- € 1.000 bis € 2.000	26	35	37
- € 2.000 bis € 3.000	17	40	43
- € 3.000 oder mehr	13	40	47
Befragte ohne Partner	36	29	35
Kinder unter 18 Jahren:			
- 1	18	33	49
- 2	20	40	40
- 3 oder mehr	25	34	40
Alter der Kinder:			
- bis 2 Jahre	23	37	39
- 3 bis 5 Jahre	23	44	33
- 6 bis 10 Jahre	22	37	40
- 11 bis 14 Jahre	18	36	45
- 15 bis 17 Jahre	13	28	59

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

49 Prozent der befragten Eltern, die zur Zeit nicht erwerbstätig sind begründen dies damit, dass sie sich um die Kinderbetreuung kümmern. Von den nicht erwerbstätigen Müttern sagen dies 54 Prozent, von den Vätern 24 Prozent.

■ Grund für die Nichterwerbstätigkeit *)

Es sind zur Zeit nicht erwerbstätig, weil sie sich um die Kinderbetreuung kümmern

	ja %	nein **) %
insgesamt	49	38
Väter	24	61
Mütter	54	33

*) Basis: Nicht-Erwerbstätige

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „keine Angabe“

66 Prozent der Elternteile, die derzeit nicht erwerbstätig sind, weil sie sich um die Kinderbetreuung kümmern, würden gerne wieder arbeiten. 33 Prozent – tendenziell eher die über 34-Jährigen, die formal höher Gebildeten sowie die Befragten mit drei oder mehr Kindern - möchten lieber weiter zu Hause bleiben, um ihre Kinder zu betreuen und zu erziehen.

▪ Arbeiten oder Kinderbetreuung? *)

	Es möchten	
	gerne wieder arbeiten	zu Hause bleiben, um ihre **) Kinder zu betreuen und zu erziehen
	<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt	66	33
Ost ***)	74	26
West	65	34
18- bis 34-Jährige	76	24
35- bis 44-Jährige	57	42
45 Jahre und älter ***)	54	43
Hauptschule ***)	73	27
mittlerer Abschluss	74	25
Abitur, Studium	53	46
Befragte ohne Partner ***)	85	15
Kinder unter 18 Jahren:		
- 1	75	25
- 2	67	32
- 3 oder mehr ***)	45	55

*) Basis: Befragte, die nicht erwerbstätig sind, weil sie sich um die Kinderbetreuung kümmern

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

***) nur Tendenzangaben aufgrund geringer Besetzungszahl in den Untergruppen

Nach ihrer Einschätzung gebeten, welche Maßnahmen am besten geeignet sind, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, nennen 43 Prozent ein besonders flexibles Angebot zur Betreuung der Kinder. Dies schätzen vor allem die Ostdeutschen, die Mütter, die Beziehender höherer Einkommen sowie die Eltern kleinerer Kinder als besonders effektiv ein.

Verbesserte Angebote für Teilzeit mit Zeitkonten (37 %), so dass man entsprechend den aktuellen Bedürfnissen die Arbeitszeit auch langfristig erhöhen oder verringern kann, halten besonders die Mütter für wirkungsvoll.

35 Prozent sehen in besseren und breiteren Angeboten für flexible Arbeitszeiten und 33 Prozent in weniger Abgaben für Eltern eine effektive Möglichkeit, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. 28 Prozent glauben, dass sich dieses Ziel am besten dadurch erreichen ließe, wenn mehr Unternehmen Vätern und Müttern auch bei Teilzeitarbeit Aufstiegschancen ermöglichen würden.

▪ **Einschätzung von Maßnahmen zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf I**

Es wäre am besten geeignet, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern

	ein besonders flexibles Angebot zur Betreuung der Kinder	bessere und breitere Angebote für flexible Arbeitszeiten	verbesserte Angebote für Teilzeit mit *) Zeitkonten, so dass man entsprechend den aktuellen Bedürfnissen die Arbeitszeit auch langfristig erhöhen oder verringern kann
	%	%	%
insgesamt	43	35	37
Ost	51	33	30
West	41	35	38
Väter	39	33	30
Mütter	45	36	42
Erwerbstätige	43	32	35
Hauptschule	40	36	28
mittlerer Abschluss	41	34	38
Abitur, Studium	45	36	39
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.000	35	40	37
- € 1.000 bis € 2.000	43	43	31
- € 2.000 bis € 3.000	38	34	38
- € 3.000 oder mehr	50	28	38
Befragte ohne Partner	40	36	41
Kinder unter 18 Jahren:			
- 1	44	33	35
- 2	41	38	40
- 3 oder mehr	43	33	36
Alter der Kinder:			
- bis 2 Jahre	49	30	33
- 3 bis 5 Jahre	48	35	39
- 6 bis 10 Jahre	42	34	39
- 11 bis 14 Jahre	36	40	36
- 15 bis 17 Jahre	39	34	40

*) Prozentsumme größer 100, da bis zu zwei Nennungen möglich

▪ **Einschätzung von Maßnahmen zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf II**

Es wäre am besten geeignet, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern

	weniger Abgaben für Eltern, so dass man bei einem höheren Nettoeinkommen weniger arbeiten muss und dafür mehr Zeit für die Kinder hat %	mehr Unternehmen, die Vätern und Müttern auch bei Teilzeitarbeit Aufstiegschancen ermöglichen *) %
insgesamt	33	28
Ost	38	28
West	31	28
Väter	37	25
Mütter	29	30
Erwerbstätige	34	27
Hauptschule	35	19
mittlerer Abschluss	33	28
Abitur, Studium	29	29
Haushaltsnettoeinkommen:		
- unter € 1.000	27	37
- € 1.000 bis € 2.000	33	30
- € 2.000 bis € 3.000	41	23
- € 3.000 oder mehr	28	26
Befragte ohne Partner	32	32
Kinder unter 18 Jahren:		
- 1	33	28
- 2	31	29
- 3 oder mehr	32	23
Alter der Kinder:		
- bis 2 Jahre	30	35
- 3 bis 5 Jahre	27	25
- 6 bis 10 Jahre	36	25
- 11 bis 14 Jahre	33	28
- 15 bis 17 Jahre	31	29

*) Prozentsumme größer 100, da bis zu zwei Nennungen möglich

4. Arbeitsteilung in der Familie

Nach Ansicht von 13 Prozent der Befragten werden in unserer Gesellschaft eher Elternpaare benachteiligt, bei denen der Mann arbeitet und die Frau zu Hause bleibt. 22 Prozent finden, es sei eher umgekehrt der Fall, dass Elternteile benachteiligt würden, bei denen die Frau arbeitet und der Mann zu Hause bleibt. 24 Prozent haben den Eindruck, dass Elternpaare, bei denen beide arbeiten und sich im gleichen Maße um die Kinder kümmern die meisten Nachteile haben.

34 Prozent finden, dass in unserer Gesellschaft alle genannten Lebensmodelle in gleicher Weise behandelt werden.

▪ Arbeitsteilung in der Familie

In unserer Gesellschaft werden eher benachteiligt:
Elternpaare, bei denen

	der Mann arbeitet und die Frau zu Hause bleibt %	die Frau arbeitet und der Mann zu Hause bleibt %	beide arbeiten und sich um die Kinder kümmern %	nein, werden alle in gleicher Weise behandelt % ^{*)}
insgesamt	13	22	24	34
Ost	10	16	31	36
West	13	24	22	33
Väter	12	20	27	35
Mütter	14	25	21	32
Erwerbstätige	11	20	27	35
Hauptschule	15	15	28	28
mittlerer Abschluss	12	22	23	36
Abitur, Studium	11	26	23	34

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Mit der Arbeitsteilung in der eigenen Familie sind 38 Prozent der befragten Elternteile voll und ganz zufrieden. Vergleichsweise häufig äußern dies die Väter und die Bezieher höherer Einkommen.

40 Prozent sind mit der Arbeitsteilung in der eigenen Familie weitgehend zufrieden. Der Anteil der Unzufriedenen ist mit 9 Prozent insgesamt eher gering.

▪ Zufriedenheit mit der Arbeitsteilung in der eigenen Familie

Es sind mit der Arbeitsteilung zwischen
ihrem Partner und sich selbst

	voll und ganz zufrieden %	weitgehend zufrieden %	ziemlich *) unzufrieden %
insgesamt	38	40	9
Ost	44	33	8
West	37	42	9
Väter	48	41	5
Mütter	30	40	12
Erwerbstätige	40	43	7
Hauptschule	32	40	11
mittlerer Abschluss	39	38	7
Abitur, Studium	40	42	11
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.000	21	34	4
- € 1.000 bis € 2.000	22	33	10
- € 2.000 bis € 3.000	40	42	12
- € 3.000 oder mehr	45	46	8
Kinder unter 18 Jahren:			
- 1	43	32	8
- 2	33	49	11
- 3 oder mehr	37	44	10
Alter der Kinder:			
- bis 2 Jahre	42	39	10
- 3 bis 5 Jahre	38	45	9
- 6 bis 10 Jahre	34	44	10
- 11 bis 14 Jahre	35	43	11
- 15 bis 17 Jahre	38	40	7

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „habe keinen Partner“

Durch welche Maßnahmen ließe sich die Entscheidung für Kinder erleichtern?

Dass Mütter und Väter, die ihre Berufstätigkeit wegen der Kindererziehung unterbrechen, bei der Rente nicht schlechter gestellt werden, erscheint fast allen Befragten als sehr gute oder gute Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen (96 %). Auch eine bessere gesellschaftliche Anerkennung der Familienarbeit (88 %) sowie eine Angleichung der unterschiedlichen Gehälter von Männern und Frauen (85 %) könnte nach Einschätzung der weit überwiegenden Mehrheit sehr gut oder gut dazu beitragen, die Entscheidung für Kinder zu erleichtern. 77 Prozent sind der Meinung, dass dies durch mehr Toleranz gegenüber verschiedenen Formen der Arbeitsteilung gelänge. Niedrigere Beiträge für Eltern bei der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung im Vergleich zu kinderlosen Menschen erscheint 70 Prozent, eine Vergütung von Familienarbeit in Form eines Betreuungsgeldes 67 Prozent der Eltern als ein geeignetes Instrument, um die Entscheidung für Kinder zu erleichtern.

▪ **Einschätzung von Möglichkeiten, die Entscheidung für Kinder zu erleichtern I**

Die folgenden Maßnahmen eignen sich sehr gut oder gut, die Entscheidung für Kinder zu erleichtern

	Mütter und Väter, die Kinder erziehen und ihre Berufstätigkeit unterbrechen, dürfen bei der Rente nicht schlechter gestellt werden	Familienarbeit muss gesellschaftlich besser anerkannt werden. Jeder Mensch sollte im Laufe seines Lebens eine sogenannte Care-Zeit zugestanden bekommen, in der er sich um andere kümmert	Die unterschiedlichen Gehälter von Männern und Frauen müssten angeglichen werden; erst dann kann ein Paar bei der Geburt eines Kindes wirklich frei wählen, wie die Aufgabenteilung geregelt werden soll
	%	%	%
insgesamt	96	88	85
Ost	99	88	86
West	96	88	85
Väter	97	85	81
Mütter	96	90	88
Erwerbstätige	96	86	84
Hauptschule	96	90	87
mittlerer Abschluss	97	90	87
Abitur, Studium	95	84	83
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.000	92	92	86
- € 1.000 bis € 2.000	96	91	88
- € 2.000 bis € 3.000	98	90	88
- € 3.000 oder mehr	96	85	81
Befragte ohne Partner	95	92	89
Kinder unter 18 Jahren:			
- 1	96	87	85
- 2	95	89	85
- 3 oder mehr	100	87	82
Alter der Kinder:			
- bis 2 Jahre	96	88	84
- 3 bis 5 Jahre	98	88	82
- 6 bis 10 Jahre	95	88	85
- 11 bis 14 Jahre	96	86	86
- 15 bis 17 Jahre	98	92	84

▪ **Einschätzung von Möglichkeiten, die Entscheidung für Kinder zu erleichtern II**

Die folgenden Maßnahmen eignen sich sehr gut oder gut, die Entscheidung für Kinder zu erleichtern

	In Deutschland muss mehr Toleranz gegenüber verschiedenen Formen der Arbeits- teilung in der Familie herr- schen. Begriffe wie berufstä- tige Rabenmütter, Hausfrauen mit Herdprämie, ...	Eltern sollten in der Kranken-, Renten- und Pflegeversiche- rung niedrigere Bei- träge zahlen als Menschen ohne Kinder	Familienarbeit müsste über Eltern- und Kin- dergeld hinaus in Form eines Betreuungsgeldes vergütet werden
	%	%	%
insgesamt	77	70	67
Ost	79	65	66
West	76	70	67
Väter	74	74	63
Mütter	79	66	70
Erwerbstätige	78	70	64
Hauptschule	78	72	68
mittlerer Abschluss	75	71	70
Abitur, Studium	79	66	63
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.000	74	62	79
- € 1.000 bis € 2.000	77	71	74
- € 2.000 bis € 3.000	74	69	69
- € 3.000 oder mehr	75	69	63
Befragte ohne Partner	81	64	78
Kinder unter 18 Jahren:			
- 1	76	70	66
- 2	79	68	68
- 3 oder mehr	73	74	67
Alter der Kinder:			
- bis 2 Jahre	77	67	71
- 3 bis 5 Jahre	75	74	68
- 6 bis 10 Jahre	80	69	68
- 11 bis 14 Jahre	74	69	65
- 15 bis 17 Jahre	78	73	63

5. Bedeutung des Themas Familie, Bildung und Kinderbetreuung in der Politik

43 Prozent der befragten Eltern meinen, dass sich die Politik in den letzten Jahren mehr um das Thema Familie, Bildung und Kinderbetreuung gekümmert hat als zuvor. Dieser Ansicht sind vergleichsweise häufig die formal höher Gebildeten vor allem die Anhänger der Union.

16 Prozent – überdurchschnittlich häufig die Anhänger der Linkspartei - haben im Gegenteil den Eindruck, die Politik hätte sich in den letzten Jahren weniger darum gekümmert als davor.

39 Prozent können hier keine Veränderung feststellen.

▪ Bedeutung des Themas Familie, Bildung und Kinderbetreuung in der Politik

Die Politik hat sich in den letzten Jahren im Vergleich zu früher um das Thema Familie, Bildung und Kinderbetreuung gekümmert

	mehr %	weniger %	im gleichen Maße *) %
insgesamt	43	16	39
Ost	32	20	48
West	45	15	37
Väter	41	17	41
Mütter	45	15	38
Erwerbstätige	43	16	40
Hauptschule	27	23	49
mittlerer Abschluss	36	20	42
Abitur, Studium	55	11	33
Kinder unter 18 Jahren:			
- 1	41	17	40
- 2	44	16	38
- 3 oder mehr	47	14	38
Alter der Kinder:			
- bis 2 Jahre	47	14	37
- 3 bis 5 Jahre	45	14	39
- 6 bis 10 Jahre	41	19	37
- 11 bis 14 Jahre	44	17	38
- 15 bis 17 Jahre	42	15	41
Anhänger der CDU/CSU	61	9	30
SPD	43	14	41
FDP	42	16	41
Grünen	53	8	39
Linke	24	34	38

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Danach gefragt, welche Maßnahmen die Politik mit Vorrang behandeln sollte, wird am häufigsten eine Verbesserung des Bildungssystems genannt (81 %). Es folgen eine bessere Förderung der Familie durch finanzielle Entlastungen (77 %), eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (75 %) sowie eine Verbesserung der Kinderbetreuung (67 %). Die Herstellung einer wirklichen Entscheidungsfreiheit bei der Wahl der Arbeitsteilung zwischen Müttern und Vätern in der Familie erscheint 52 Prozent prioritär.

Die beiden letztgenannten Maßnahmen sind für die Anhänger der Union insgesamt seltener vorrangig als für die Anhänger der übrigen Parteien.

▪ **Prioritäten in der Familienpolitik**

Die Politik sollte folgende Maßnahmen mit Vorrang behandeln

	eine Verbesserung des Schul- und Bildungs- systems	eine bessere Förderung der Familie durch finanzielle Entlastungen	eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf	eine Verbesserung der Kinderbetreuung	die Herstellung einer wirklichen Entschei- dungsfreiheit bei der Wahl der Arbeitsteilung zwischen Müttern und Vätern in der Familie
	%	%	%	%	%
insgesamt	81	77	75	67	52
Ost	80	81	76	66	46
West	81	77	75	67	53
Väter	79	76	69	62	48
Mütter	83	78	80	71	55
Erwerbstätige	81	76	73	66	51
Haushaltsnettoeinkommen:					
- unter € 1.000	82	86	82	80	71
- € 1.000 bis € 2.000	81	85	84	74	60
- € 2.000 bis € 3.000	83	79	76	63	48
- € 3.000 oder mehr	81	71	70	62	51
Befragte ohne Partner	87	77	87	76	60
Alter der Kinder:					
- bis 2 Jahre	76	84	78	71	52
- 3 bis 5 Jahre	82	82	79	71	51
- 6 bis 10 Jahre	80	78	73	66	50
- 11 bis 14 Jahre	83	77	71	63	51
- 15 bis 17 Jahre	83	73	76	64	50
Anhänger der CDU/CSU	78	75	69	59	44
SPD	83	77	77	69	56
FDP	86	78	76	69	54
Grünen	87	75	73	69	56
Linke	82	78	77	72	51

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

6. Bedeutung des Themas „Familie, Kinder und Bildung“ für die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl

Die meisten Eltern (62 %) geben an, für sie persönlich spiele das Thema „Familie, Kinder und Bildung“ im Hinblick auf ihre Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl eine genauso große Rolle wie andere Problemfelder, so z.B. die ökonomische Krise, die Lage am Arbeitsmarkt oder die Alters- und Gesundheitsversorgung.

Für 24 Prozent spielt das Thema für ihre Wahlentscheidung im September eine größere Rolle.

Weniger wichtig als andere Themen ist dieser Bereich 13 Prozent. Etwas häufiger als der Durchschnitt geben dies die Anhänger der FDP an.

▪ **Bedeutung des Themas „Familie, Kinder und Bildung“
für die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl**

Im Vergleich zu anderen Problembereichen, wie der ökonomischen Krise, der Lage am Arbeitsmarkt, der Alters- und Gesundheitsversorgung spielt das Thema „Familie, Kinder und Bildung“ für sie persönlich eine

	größere Rolle %	geringere Rolle %	genauso große *) Rolle %
insgesamt	24	13	62
Ost	27	9	64
West	24	14	61
Väter	22	18	59
Mütter	26	9	64
Hauptschule	30	10	60
mittlerer Abschluss	22	12	65
Abitur, Studium	25	15	60
Haushaltsnettoeinkommen:			
- unter € 1.000	32	8	60
- € 1.000 bis € 2.000	32	8	60
- € 2.000 bis € 3.000	23	12	65
- € 3.000 oder mehr	21	16	63
Befragte ohne Partner	26	12	62
Alter der Kinder:			
- bis 2 Jahre	32	11	56
- 3 bis 5 Jahre	27	8	64
- 6 bis 10 Jahre	24	13	62
- 11 bis 14 Jahre	25	13	62
- 15 bis 17 Jahre	19	16	64
Anhänger der CDU/CSU	24	15	61
SPD	24	10	66
FDP	24	21	54
Grüne	27	9	64
Linke	27	14	59

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Rund drei Viertel der befragten Eltern geben an, sich an der bevorstehenden Bundestagswahl im September beteiligen zu wollen.

Geringer als im Durchschnitt aller Eltern ist die Wahlbereitschaft bei den ostdeutschen Eltern, den jüngeren Eltern sowie denjenigen mit Hauptschulabschluss bzw. denen, die zur Arbeiterschaft zählen.

Bedacht werden muss bei der Interpretation dieser Zahlen allerdings, dass vor einer Wahl immer mehr Bürger sagen, sie würden sich an der Wahl beteiligen als dann tatsächlich wählen gehen. Deshalb spricht – sollte sich die Wahlbereitschaft der Eltern bis zum Wahltag nicht verändern – vieles dafür, dass die Wahlbeteiligung unter der bisher bei Bundestagswahlen üblichen Marke von rund 80 Prozent bleibt.

▪ **Wahlbereitschaft**

Es wollen sich an der Bundestagswahl beteiligen

	<u>%</u>
insgesamt	77
Ost	72
West	78
Väter	84
Mütter	70
18- bis 34-Jährige	67
35- bis 44-Jährige	78
45 Jahre oder älter	85
Hauptschule	67
mittlerer Abschluss	72
Abitur, Studium	85
Arbeiter	71
Angestellte	80
Beamte	87
Selbständige	94
Alter der Kinder:	
- bis 2 Jahre	73
- 3 bis 5 Jahre	77
- 6 bis 10 Jahre	74
- 11 bis 14 Jahre	80
- 15 bis 17 Jahre	83
Anhänger der CDU/CSU	90
SPD	84
FDP	85
Grünen	91
Linke	80

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Würde der Bundestag schon im Juni gewählt, dann würden sich 35 Prozent der wahlberechtigten Eltern für die Union, 26 Prozent für die SPD, 14 Prozent für die FDP, 13 Prozent für die Grünen, 8 Prozent für die Linke und 4 Prozent für sonstige Gruppierungen entscheiden.

Damit würden die SPD und die Grünen bei den Eltern im Vergleich zu allen Wahlberechtigten im Durchschnitt etwas mehr Stimmen erhalten, während die FDP und die Linkspartei von den Eltern etwas weniger Stimmen erhielten als von allen Wahlberechtigten.

Das „linke“ Wählerlager aus SPD, Grünen und Linkspartei ist somit bei den Eltern mit zusammen 47 Prozent etwas stärker als bei allen Wahlberechtigten mit 45 Prozent. Umgekehrt ist das „bürgerliche“ Wählerlager aus CDU, CSU und FDP bei den Eltern mit zusammen 49 Punkten etwas schwächer als beim Durchschnitt aller Wahlberechtigten (50 %).

▪ **Bundestagswahlabsicht**

	Eltern %	Wahlberechtigte insgesamt %	Differenz Eltern - Wahlberechtigte
CDU/CSU	35	35	0
SPD	26	24	+ 2
FDP	14	15	- 1
Grünen	13	11	+ 2
Linke	8	10	- 2
Sonstige	4	5	- 1